Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] . Nr 283 — DIENSTAG, 14. JUNI 1932 — MORGEN-AUSGABE

Neue Aktivität in Genf

Grandi bereits eingetroffen — Die Amerikaner stoßen wieder vor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 13. JUNI

Die für morgen hier bevorstehenden großen politischen Besprechungen haben heute in einigen Unterredungen ein Vorspiel gehabt, die der italienische Außenminister Grandi, der heute früh hier angekommen ist, mit dem Führer der deutschen Delegation, Botschafter Nadolny, und andern Delegationsführern hatte. Auch der Berichterstatter der Abrüstungskonferenz, der tschechoslowakische Außenminister Benesch, befindet sich seit gestern abend in Genf. Bei der Unterhaltung zwischen Grandi und Nadolny ist dem italienischen Außenminister eine nochmalige schriftliche Zusammenfassung des deutschen Standpunktes überreicht worden, die sich in der Hauptsache auf die Bestimmungen des Versailles-Vertrages und die Deutschland auferlegten Verbote verschiedener Rüstungsarten stützt.

Die Führer der amerikanischen Delegation, Botschafter Gibson und Senator Davies, werden morgen vormittag zunächst mit dem englischen Außenminister Sir John Simon, nachher mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und vielleicht alsdann mit den Ministern Englands und Frankreichs gemeinsam Unterredungen haben. In der Reihenfolge dieser Gespräche, mit denen die von dem amerikanischen Staatssekretär Stimson hier begonnene Politik fortgesetzt werden soll, liegt selbstverständlich eine politische Absicht. Die Amerikaner hoffen zunächst, den englischen und dann auch den französischen Außenminister für den von uns vor mehreren Wochen genau charakterisierten amerikanischen Plan gewinnen zu können, der jetzt in revidierter Form einer großen Reihe von Delegierten an der Abrüstungskonferenz zugestellt worden ist.

Dieser Plan sieht, außer dem von Amerika in die Debatte geworfenen Prinzip der qualitativen Abrüstung, d. h. der Abschaffung der schweren Angriffswaffen, auch eine nicht unbeträchtliche quantitative Abrüstung, und zwar auf der Grundlage der den besiegten Staaten in den Schiedsverträgen auferlegten Entwaffnung vor. Er soll auch eine Lösung des Problems enthalten, die von dem Spezialkomitee der Konferenz vergeblich versucht worden ist, nämlich einen Vergleichsschlüssel für Berufs- und Nothsheere aufzustellen.

Der englische Ministerpräsident MacDonald mit dem Außenminister Sir John Simon und der französische Ministerpräsident und Außenminister in einer Person, Herriot, sind heute abend mit einer großen Zahl anderer Mitglieder beider Delegationen mit dem fahrplanmäßigen Pariser Schnellzug 8.25 Uhr in Genf eingetroffen.

Mit Herriot sind auch Senator de Jouvenel, der wieder in die französische Delegation nach mehrjähriger Abwesenheit eingetreten ist, und Marcel Ray, der vom Journalisten plötzlich stellvertretenden Kabinettchef des Ministerpräsidenten wurde, hier angekommen.

MacDonalds Pläne

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 13. JUNI

In der heutigen Abendpresse befinden sich Andeutungen über die Pläne MacDonalds für die Abrüstungskonferenz, die zunächst merkwürdig anmuten. Es heißt, daß der englische Premierminister, um eine für die Verhandlungen von Lausanne günstige Vertrauensatmosphäre zu schaffen, der festgefahrenen Genfer Abrüstungskonferenz eine positive Wendung geben will, und zwar dahin, daß nicht nur ein defensiveres — man spricht von zehn Jahren — Rüstungsstillstand von den Militär- und Seemächten angenommen werden soll, sondern daß auch eine Art politischer Waffenstillstand proklamiert werde, währenddessen alles beim alten bleiben, also vor allem jede territoriale Revision zurückgestellt werden soll.

So konkret sind diese Pläne aber jedenfalls nicht. In dieser Form würde heute noch weniger als vor sechs Jahren ein Ost-Locarno von Deutschland zu erreichen sein. Sicher aber ist, daß MacDonald ganz allgemein die Nützlichkeit einer feierlichen Bestätigung eines Paktes, der jede gewaltsame Revision ausschließt, vorschwebt, und daß er gern ein Abrüstungsmoratorium sehen würde. Die Gefahr bei alledem ist, daß MacDonald leicht gegen eine Seite eingenommen wird, die seinen idealen Konzeptionen ohne inneres Verständnis für die großen allgemein menschlichen Ziele sich entgegensetzt. In Paris ist man in der Behandlung von Idealisten nicht ungeschickt.

Siehe auch vierte Seite

Europäische Lösung

Von

DR. RICHARD LEWINSOHN,

Berichterstatter der Vossischen Zeitung

PARIS, 13. JUNI

Die internationalen Unterhaltungen, die genau vor einem Jahr im Park von Chequers zwischen Brüning und MacDonald eingeleitet wurden, sind gestern in den Salons des Quai d'Orsay zwischen MacDonald und Herriot zu Ende geführt worden. Es war ein langes Kettengespräch, und bisweilen schien es, als ob die Kette gerissen und nicht sobald zu reparieren wäre. Von den Transatlantik-Plänen, mit denen im vorigen Jahr die Minister hin- und herreisten, haben nur wenige ihr Ziel erreicht: die meisten sind ins Wasser gefallen. Das gnadenbringende Hoover-Moratorium hat sich, so schön es auch zu Anfang aussah, für Spender und Empfänger als ein zweifelhaftes Geschenk erwiesen, das Schuldenfeierjahr ist ein Jahr des Unheils geworden. Der Zusammenbruch deutscher Großbanken, die Devisenkalamität, die Aufhebung des Goldstandards in England und in Dutzenden anderer Länder, die Verschlimmerung der Wirtschaftskrise in Amerika, sind nur Merkmale desselben internationalen Marasmus.

Es ist also nicht nur die wachsende Einsicht, sondern auch die wachsende Not, die die Reparationsfrage schließlich der einzigen, möglichen Lösung zutreibt. Nach der französisch-englischen Aussprache kann man mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß die Endlösung unmittelbar bevorsteht. Ja, man muß dem Schlußakt sogar mit einigen Besorgnissen entgegensehen, aber aus ganz anderen Gründen als sonst. Das Optimum, das auf friedlichem Wege überhaupt möglich war, ist erreicht. Lausanne kann eigentlich nur noch Berichtigungen bringen. Jedenfalls wird es größter diplomatischer Vorsicht bedürfen, um die noch empfindliche Form in den Glutofen politischer Kontroversen nicht zu zersprengen.

Das wesentliche der von den Botschaften in der letzten Woche vorbereiteten und von MacDonald und Herriot gestern bekräftigten Vereinbarungen liegt darin, daß sich die beiden wichtigsten Reparationsgläubigermächte zu einer europäischen Lösung durchgerungen haben. Im vorigen Jahr hat auf der Pariser Mellon-Konferenz Frankreich noch zäh um die Sicherung seines Reparationsanteils während des Hooverjahres gekämpft. Das Frankreich Lavals wollte, überhaupt nicht und erst recht wollte es sich Zugeständnisse nicht von den Amerikanern aufotroyieren lassen.

Das Frankreich Herriots hat aus freien Stücken das zunächst Notwendige getan und die französische und englische Regierung sind überein gekommen, die törichten Formalitäten des Hoover-Moratoriums, das Hin- und Herschieben von Scheinzahlungen und Schein-krediten nicht weiter fortzusetzen, sondern durch ein genau begrenztes „absolutes Moratorium" mit den Reparationszahlungen Schluß zu machen.

Sie haben das, ungeachtet oder vielmehr im bewußten Gegensatz zu den Erklärungen der Staatssekretäre Stimson getan, daß die amerikanische Regierung die interalliierten Kriegsschulden weder streichen noch kürzen könne. MacDonald und Herriot haben daraus die Konsequenz gezogen, daß es keinen Zweck hat, vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen noch in Washington zu drängen. Erst nach den Wahlen im November soll, dann allerdings als gemeinsame europäische Aktion, ein neuer Vorstoß in Washington unternommen werden. Der Umstand, daß die nächsten interalliierten Schuldenzahlungen erst am 15. Dezember fällig werden, gibt Frankreich und England die Möglichkeit, von sich aus die Reparationszahlungen zu sistieren, ohne daß inzwischen aus Steuermitteln Gelder für Amerika aufzubringen wären. Doch ist die Tatsache selbst deshalb nicht minder bedeutsam.

Frankreich und England wollen jetzt den Ratschlag Hoovers befolgen, daß Europa mit gutem Beispiel vorangehen müsse, bevor man von den Amerikanern Konzessionen in der Kriegsschuldenfrage erwarten dürfe. Dabei liegt rechtlich die Situation für die westeuropäischen Länder gegenüber Amerika ungünstiger als noch im vorigen Jahr. Frankreich kann von 1932 ab von sich aus nur noch ein Teilmoratorium für seine Kriegsschulden an Amerika aussprechen. Die französische Regierung muß bis zum 15. Dezember zu einem Arrangement mit Washington kommen, wenn sie nicht aus eigenen Etatsmitteln die Schuldenrate bezahlen oder aber einseitig den Schuldenvertrag zerreißen will. Für die englische Regierung gilt das gleiche. Man sieht: Paris und London setzen auf Washington.

Die Vereinbarungen zwischen Herriot und MacDonald schließen aber von seiten Frankreichs noch ein wichtigeres

Reichsrat berät Reichsetat

Inkraftsetzung durch Notverordnung

Wie nunmehr feststeht, wird der Reichsetat für 1932 zunächst dem Reichsrat zur Vorberatung zugeleitet werden. Die Vertreter der Landesregierungen haben bei der Konferenz mit der Reichsregierung Wert darauf gelegt, daß wenigstens insoweit der ordnungsmäßige Weg für die Verabschiedung des Reichsetats eingehalten wird. Nach der Auffassung der Länder ist der Reichsrat in der Lage, die Beratung des Reichshaushalts vorzunehmen, auch wenn der Reichstag bereits aufgelöst ist.

Der größte Teil der Einzeletats ist dem Reichsrat vor einiger Zeit zugegangen. Es fehlen noch der Etat des Reichsernährungsministeriums, der Etat der Schuldenverwaltung, der Kriegslasten-Etat, der u. a. die Mittel für die Osthilfe enthält, und der wichtigste, der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, der die Einnahmen und Ausgaben des Gesamtetats zusammenfaßt und die Ansätze für die Steuereinnahmen enthält. Diese Etats sollen in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen. Die Reichsrats-Ausschüsse wollen dann am kommenden Montag ihre Beratungen beginnen. Man hofft, daß die Reichsratsverhandlungen bis Sonnabend, 24. Juni, oder spätestens Montag, 27. Juni, abgeschlossen werden können. **Die Reichsregierung beabsichtigt, den Etat dann durch Notverordnung in Kraft zu setzen.**

Der neue Etat balanciert nach den Beschlüssen des Reichskabinetts in Einnahmen und Ausgaben mit etwa 8,2 Milliarden Reichsmark. Er gilt rückwirkend vom 1. April ab, umfaßt also formell das ganze Etatsjahr, das bis zum 31. März 1933 dauert. Die Notregelung, die für die ersten Monate des laufenden Rechnungsjahres getroffen war, läuft am 30. Juni ab.

Lange Kabinettssitzung

Politik und Finanzen

Das Reichskabinett hat Montag nachmittag mit der Schlußberatung seiner großen finanzpolitischen Notverordnung begonnen. Da diese Notverordnung die Themen Arbeitslosenversicherung, neue Steuern, Haushaltsausgleich, Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen umfaßt und da außerdem noch die zweite Papen-Notverordnung über die Aufhebung des „S. A."-Verbots und die neuen Presse- und Polizeivorschriften vor der Abreise des Reichskanzlers nach Lausanne fertiggestellt werden soll, zogen sich die Verhandlungen bis in die späten Abendstunden hin.

Kommunistische Diktatur in Chile?

Schon die letzten Nachrichten aus Chile ließen erkennen, daß sich innerhalb der Revolutionsregierung ein Kampf zwischen der milderen und der radikaleren Richtung abspielte. Nun haben anscheinend die Radikalen gesiegt: Carlos Davila, das Haupt der Revolutionsregierung, ist nach hier eingelaufenen Privatmeldungen gestürzt worden und ins Ausland geflohen. Die neue Regierung steht unter Leitung des kommunistischen Parteiführers Hidalgo, der früher schon gegen Montero Kandidat für die Präsidentschaft war. Ferner gehören der Regierung an: Eugenio Mattee als Außenminister, Oberst Grove als Innen- und Kriegsminister und Luis Lagarrigue als Finanzminister. Hidalgo hat den Kommunismus zur Staatsverfassung erklärt und die Beschlagnahme aller Privatvermögen verfügt.